Kritische Gedanken zum geplanten Beitritt der Schweiz zu den EU-Schengen-Abkommen.

Eidgenössisches Referendum vom 5. Juni 2005

Gesammelte Meinungen, Zitate und Kommentare.

Im April 2005

Herausgegeben vom Online Magazin „CH libre“
redaktion@ch-libre.ch
www.ch-libre
Weblog: Schengen Beitritt, Januar – März 2005
www.ch-libre.ch/blog/schengen/schengenweblog.html

Inhalt

Der lange Weg nach Schengen

Gläserne Bürger im Überwachungsstaat

Verlust des Selbstbestimmungsrechts und andere Folgen

Offene Türen für Missbräuche

Stimmen der Gegnerschaft

Vorbemerkungen

Diese Publikation sammelt Standpunkte und Kommentare zum Thema der Referendums-Abstimung vom 5. Juni 2005 über den Beitritt der Schweiz zu den Schengen Abkommen der Europäischen Union.

Der Schengen-Vertrag schafft die Kontrollen an den nationalen Grenzen ab und ersetzt diese mit einem komplexen zentralistischen Polizei- und Justizsystem. Das dazugehörende Dublin-Abkommen betrifft die EU-Asylverfahren, welche hier nicht speziell diskutiert werden.

Im Online-Magazin „CH libre“ www.ch-libre.ch, wird ein spezielles Weblog (Blog) zum Thema Schengen-Beitritt der Schweiz geführt:

www.ch-libre.ch/blog/schengen/schengenweblog.html

Ausgewählte Beiträge vom Januar bis Ende März 2005 wurden in der vorliegenden Publikation verwertet. Das Weblog wird bis nach der Abstimmung weitergeführt.

Der lange Weg nach Schengen

Mit 86000 eingereichten Unterschriften wurde die benötigte Anzahl beglaubigter Unterschriften (50000) in Rekordzeit weit übertroffen. Das Referendum gegen den EU-Schengen Beitritt steht trotz erschwerter Bedingungen.

> "Die Referendumsfrist sei willkürlich verkürzt worden. Zudem würden Schengen-kritische Grenzwacht- und Polizeioffiziere mit einem Maulkorb versehen, und an Propagandaveranstaltungen werde dem Volk ein rosarotes Schengenbild vorgegaukelt.
> Das Komitee bringt aber auch Sicherheitsargumente vor: Die Abschaffung der Grenzkontrollen werde mehr Kriminalität in die Schweiz bringen. Bei Stadien oder Flughäfen würde es auch niemandem einfallen, die Eingangskontrollen abzuschaffen und im Innern zu kontrollieren."
> Aus dem Cash, 31.3.2005: Das Referendum gegen Schengen/Dublin steht.
> www.cash.ch/index.php?Id=97&tk=40&news_id=56912&kat_no=448

Die Assoziation mit EU-Schengen weckt falsche Hoffnungen. Mit dem Schengen-Beitritt fallen nicht nur die Grenzkontrollen.

> “Es ist eine viel gesprochene EU-Aussage, die europäischen Politiker wollen keine Nationalstaaten mehr. Solche unselbständigen Staaten brauchen auch keine Grenzen. Hoffentlich merken allmählich wir Schweizer und Schweizerinnen was das heisst! So lange mit der EU Wirtschaftsverträge ausgehandelt werden, ist das gut. Binden wir uns aber an die EU politisch immer enger, desto weniger können wir uns selbst regieren. Diese Staatsmaxime galt schon vor der Gründung der Eidgenossenschaft und ist heute aktueller denn je. - Die täglichen Inserate zu den Bilateralen Verträgen haben nur ganz wenig bis nichts mit Information zu tun."
> Aus Leserbrief 16/12/2004

www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=988684&ressort=interessen#

Darf man als Bürger der Eidgenossenschaft gegen die Bundes-Verfassung agieren, welche die Bewahrung von Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit beinhaltet, und den Anschluss und die Unterwerfung unter eine fremde Macht propagieren?

> "Günter Verheugen, EU-Kommissar: “Die bilateralen Verträge, die wir mit der Schweiz abgeschlossen haben, führen ja im Grunde dazu, dass die Schweiz in grossen Teilen der Politik Brüsseler Bestimmungen übernehmen muss, ohne sie beeinflussen zu können“."
> Artikel 3: Zeit-Fragen Nr.10 vom 7.3.2005
> www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_127a/T03.HTM

Wie kann sowas geschehen, dass derart tiefgreifende Veränderungen wie der Schengen-Beitritt von den eidgenössischen Räten beschlossen werden, ohne dass über alle Konsequenzen gründlich nachgedacht worden ist.
Da taucht plötzlich das "Problem" auf, dass die Kantone ihre Verfassungen anpassen müssen, und das geht bekanntlich in unserer direkten föderativen Demokratie nicht ohne kantonale Volksabstimmungen.
Nun dämmert es auch einigen Parlamentariern, dass auch das schweizerische Sicherheitskonzept überarbeitet werden muss. Wie das Sicherheitskonzept aussehen soll, weiss noch niemand, und trotzdem soll schon im Juni über den Schengen-Beitritt abgestimmt werden. Dieses Datum ist eigentlich zu früh, um im Volk eine angemessene Diskussion zu erlauben.

> "Die Parlamentarier haben - man kann’s kaum glauben - JA zum Schengen/Dubliner Justiz- und Polizeiabkommen gesagt, ohne das damit zusammenhängende schweizerische Sicherheitskonzept zu kennen.
> Das parlamentarisch verlangte Sicherheitskonzept soll bis Ende 2005 vorliegen. Aber bereits lange vorher, nämlich bereits im Juni, soll das Schweizer Volk über Schengen/Dublin abstimmen - -."

Il paese, edizione del 18/03/2005. Wie soll ich wissen was ich denke, bevor ich höre, was ich gesagt habe.
Il paese (Tessiner Zeitung):
www.ilpaese.ch/default.asp?titolo=Wie+soll+ich+wissen+was+ich+denke%2C+bevor+ich+h%F6re%2C+was+ich+gesagt+habe&sezione=Deutsche+Seite&articoloid=1475

Es wird behauptet: Mehr Sicherheit mit offenen Grenzen. Machen uns die Politiker was vor?

"So behauptet unsere Landesregierung beispielsweise, dass eine Annahme Schengen/ Dublin mehr Sicherheit bedeutet. Dem ist nicht so. So werden unsere Grenzkontrollen an die Schengen-Aussengrenzen verlegt. Unsere Grenzkontrollen werden inskünftig an Länder wie Spanien, Italien, Polen (irgendwann auch die Türkei) etc. delegiert. Dass dortige Zöllner und Beamte teilweise bestechlich sind, wird doch wohl niemand ernsthaft bestreiten. Wer einmal im Schengenraum ist, wird bei einem Grenzübergang innerhalb von "Schengen-Staaten" nicht mehr kontrolliert. Unser EU-Turbo-Bundesrat handelt nicht gerade realitäts-bezogen."
Zitiert aus: Für dumm verkauft. Bilaterale Abkommen II, Gregory-J. Holzapfel, Kallnach.
www.bielertagblatt.ch/article.cfm?id=180934&startrow=4&ressort=Fokus&kap=bta&job=7921310

Der lange Weg nach Schengen.

"Europäische Union bedeutet auch Schengener Abkommen. Das Ziel: Ein Europa, das sich nach aussen stärker verschliesst und nach innen grenzenlos verbindet.
Die Binnengrenzen der Unterzeichnerstaaten dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden."
25-03-2004 - Radio Prag
www.radio.cz/de/artikel/52083

Gläserner Bürger im Überwachungsstaat

Das Schengener Abkommen ist aus dem Blickwinkel des schweizerischen Datenschutzes nicht unbedenklich. Unsere Gesetze müssen bei Annahme des Schengen-Beitritts durch das Volk den EU-Gesetzen angepasst werden. Da wir bei der EU-Gesetzgebung nicht mitbestimmen können, sind wir also den fremden Mächten völlig ausgeliefert.

> Zitiert aus EDSB – Publikationen (Eidgenössischer Datenschutz) - 9. Tätigkeitsbericht:
> "Im Rahmen unserer Analyse erinnerten wir daran, dass ein Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen Konsequenzen für den Datenschutz herbeiführen wird."
> Daneben müssten mit Blick auf die Bestimmungen des Schengener Abkommens zur Verarbeitung von Personendaten die Situation in Bezug auf die verschiedenen schweizerischen Polizeidatenbanken genau beleuchtet werden.
> Ausserdem müssen die Informationsflüsse und die Zusammenschaltung zwischen den bestehenden Systemen und dem nationalen Schengener Informationssystem (SIS) bzw. dem gemeinsamen SIS als technischer Support präzise geregelt werden."
> "Drittens zeigte unsere Analyse, dass bestimmte Gesetzesänderungen vorgenommen werden müssen, um Folgendes zu regeln:
> ..Beteiligung an einer oder mehreren internationalen Datenbanken, grenzüberschreitender Austausch von Polizeidaten, Mechanismen zur Kontrolle der Genauigkeit und der Qualität der Daten, Ausübung der Rechte der betroffenen Personen, vor allem des Auskunftsrechts (Abgrenzung zwischen direktem und indirektem Auskunftsrecht) und Informationsaustausch im Zusammenhang mit dem ergänzenden Verfahren SIRENE (Supplementary Information Request at the National Entry).'
> "Um dem Schengener Abkommen beizutreten, müssen dagegen die oben erwähnten Probleme

> untersucht und die notwendigen Gesetzesänderungen in die Wege geleitet werden."
> www.edsb.ch/d/doku/jahresberichte/tb9/kap4.htm#316

Die EU hat den Datenschutz nicht sicher geregelt. Im Schengen-Vertrag bestehen Lücken und grosse Spielräume zum Missbrauch.

> "Vor einem Missbrauch der europäischen Visa- und Asyldateien hat der EU-Datenschutzbeauftragte Peter Johan Hustinx gewarnt. Der Chef der neuen EU-Behörde wandte sich damit gegen Bestrebungen mancher Mitgliedstaaten, die Angaben über Flüchtlinge und Einreisende aus Drittländern auch für allgemeine Fahndungszwecke der Polizei zu verwenden.
> "Die Gefahr besteht darin, dass man dies öffnet für andere Zwecke und dass man dann dieses kleine Loch immer weiter öffnet," sagte Hustinx am Donnerstag in Brüssel bei der Vorlage des ersten Jahresberichts der Datenschutz-Aufsicht."
> Handelsblatt, 31.3.2005:
> www.handelsblatt.com/hbiwwwangebot/fn/relhbi/sfn/buildhbi/cn/bp_artikel/docid/879167/STRUCID/200013/PAGEID/200051/index.html

Der EU-Schengen-Raum besteht schon 10 Jahre und ist trotz den Reisebequemlichkeiten nicht ohne Probleme. Die Datenschützer sind mit dem Aufbau von umfangreichen Personen-Datenbanken um die Demokratie und die Bürger-Freiheit besorgt. Dass der EU-Schengen-Raum mehr Bewegungsfreiheit für Kriminelle bietet und dadurch der Verbrecher-Tourismus gefördert wurde, ist inzwischen belegt.

> "Vor allem Datenschützer kritisieren das "Schengen-Informations-System 2", das die EU derzeit aufbaut. Dieses soll noch mehr Daten enthalten und von der Kapazität her auf die wachsende Union ausgelegt sein. Auf die Informationen sollen von 2006 an alle Polizeidienststellen und auch Geheimdienste in der EU zugreifen können.
> Ein EU-Diplomat in Brüssel gibt zu, dass

> Schengen natürlich auch Kriminellen mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt hat. Die Polizeibehörden haben dieselbe Freizügigkeit noch nicht erreicht. Reibungslose grenzübergreifende Polizeiarbeit ist zwischen einigen Ländern, aber noch längst nicht zwischen allen möglich."
> Deutsche Welle, 28.3.2005, Grenzenlos Reisen in Westeuropa.
> www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1527 354,00.html

Ein Buch von Schulzki-Haddouti zum Thema Überwachung und Polizeistaat (inklusive Schengen-Informationssystem) beschreibt den Weg zum totalen Staat.

> "Dass Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste nicht nur Telefone und Handies, sondern auch Videokameras, Emails, Internetfiles, Satellitentelefone und Prepaid-Cards für Überwachung und Abhörmassnahmen nutzen wollen, ist längst bekannt."
> "Im ersten Teil [ ] beschäftigt sich Mathiesen, Professor für Rechtssoziologie an der Universität von Oslo, mit dem SIS (Schengen-Informationssystem) und mit der weniger bekannten Unterorganisation Sirene (Supplément d'Information Requis à l'Entrée), wo nicht nur standardisierte Informationen gesammelt, sondern auch zusätzlich Daten zum Abruf bereitgestellt werden, um den bilateralen und multilateralen Austausch zu erleichtern. Das Sirene-System formalisiert und legitimiert den Informationsaustausch sogenannter "weicher" Daten zwischen den Polizeibehörden in den verschiedenen Staaten. Obwohl das umfassende Handbuch geheimgehalten wird, sickerten Teile davon an die Öffentlichkeit."
> "Europol ohne Grenzen" [ist das] Kapitel, in dem [der Autor] die schleichende Erweiterung der Kompetenzen aufzeigt: von der Rauschgiftfahndung bis zum Sammeln von Daten nicht nur über Straftäter und Verdächtige, sondern auch über potentielle Täter, tatsächliche oder mögliche Zeugen, Opfer und eventuelle zukünftige Opfer, sowie über "Risikogruppenss, die Kontakt zu Kriminellen

> haben könnten. Wer kann bei diesen Vorgaben noch mit gutem Gewissen von der Überwachung ausgeklammert werden?“
> Christiane Schulzki-Haddouti [Hrsg.], VOM ENDE DER ANONYMITÄT. Die Globalisierung der Überwachung. Hannover: 2001, 208 Seiten, Verlag Heinz Heise GmbH & Co KG, confidenz-depesche.com/cdrez/cd0011rez04.html

Wir wollen Unabhängigkeit nach aussen, aber auch Freiheit im inneren.

> “Leider wurde die Freiheit im Inneren in den letzten Monaten derart beschnitten - dieser Prozess hat nach meiner Erinnerung allerdings bereit unter Furgler ca. 1980 begonnen - dass ich die Schweiz heute als Polzeistaat empfinde. Wir haben heute etwa das gleiche Schikane-Niveau wie die EU und es sieht nicht so aus, als würde sich das wieder zurückbilden. Ich denke da an die Handy-Registrierung, an die im Zusammenhang mit der neuen Alkoholreglung Kontrolle ohne Anfangsverdacht. Dazu kommen laufend neue Forderungen nach DNA-Registrierung, immer mehr Registrierungen der Verbindungsdaten von Telephon, Mails und Internet - auch die Registrierungsnummer (GUID) ist noch nicht endgültig vom Tisch !“
> Leserbrief, 16.3.2005:
> www.ch-libre.ch/neuebeitraege/willi.pdf

Bezüglich Datenschutz in Europa und den geplanten Entwicklungen des Schengen Information Systems (SIS) und Europol werden die Grenzen der zivilen Freiheit überschritten.
Zur Datenschutzrichtlinie des Schengen Information Systems (SIS) und Europol:

> “Aber nicht nur die Polizei- und Grenzstationen haben Zugriff auf den Zentralrechner, sondern auch Nachrichtendienste, denn nicht in allen Schengen-Staaten, beispielsweise in Frankreich, existiert die strenge Trennung zwischen der Polizei und den Nachrichtendiensten, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist.

Es entwickelt sich somit kein kohärentes Datenschutzsystem in Europa. Vielmehr ist ein zersplittertes - mit unterschiedlichem Schutzniveau ausgestaltetest - nebeneinander laufendes Sammelsurium von Datenschutzregelungen für die unterschiedlichen Regime im Entstehen.
Insoweit kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass mittels der inter-gouvernmentalen Zusammenarbeit - unter dem Deckmantel der Effektivität - die nationalen strengeren Datenschutzregelungen unterminiert und ausgehebelt werden könnten bzw. sollen. Zumindest eröffnet die intergouvernmentale Zusammenarbeit die Etablierung von Strukturen und Arbeitsweisen, welche auf nationaler Ebene aufgrund der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle so nicht möglich wären."
In: DuD 1996, pp.400-406
137.120.22.236/www-edocs/loader/file.asp?id=26

Die Schengen-Abkommen sehen vor, dass die SIS-Polizeidatei zusätzlich mit den Daten der Telefon- und Internetüberwachung verbunden werden.

"Unterdessen kritisieren Datenschützer, die Pläne liefen auf die massenweise Speicherung personenbezogener Daten unbescholtener Bürger hinaus. Zudem sei ihre Wirksamkeit zweifelhaft, da Kriminelle sich der Überwachung leicht entziehen könnten, indem sie auf Telefonzellen oder auf öffentliche Internetterminals auswichen."
"Die Pläne sehen vor, dass die europäischen Telekommunikationsunternehmen und Internet-Provider sämtliche Verkehrsdaten über zwölf Monate speichern müssen. Dabei geht es nicht nur um die Übermittlung von Daten wie die Telefonnummern oder die Gesprächsdauer."Auch das Internetsurfen soll im Detail und ohne richterliche Anordnung überwachbar werden", erklärt ein Sprecher des Bundesdatenschutzbeauftragten."
25. Februar 2005. EU-Plan zu Datenspeichern droht zu kippen.
de.biz.yahoo.com/050225/345/4fn0k.html

Wozu dient die SIS-Datei des Schengener-Vertrags auch noch ? Die Datenbanken werden auch für die EU-weite Verfolgung von Verkehrssündern eingesetzt werden, zum Beispiel für die Registrierung von Gebüssten. Da kann man in Spanien von der mobilen Polizei angehalten werden, wenn man in Deutschland noch eine Busse schuldet.

> "Die EU-Justizminister beschlossen am Donnerstag in Brüssel endgültig, Geldbussen und Geldstrafen gegenseitig anzuerkennen und einzutreiben."
> "In einem Europa der offenen Grenzen darf eine effektive Strafverfolgung nicht an den nationalen Grenzen der Mitgliedstaaten enden.
> Die neue Regelung ist allerdings nicht auf Verkehrsverstösse begrenzt und gilt auch bei einer Reihe anderer Delikte."
> Reuters. 24 Februar, 2005. Bussgelder werden künftig EU-weit eingetrieben.
> www.reuters.de/newsPackageArticle.jhtml?type=topNews&storyID=679278&section=news

Es gibt schon jetzt eine Verunsicherung über gespeicherte Informationen. Die Polizei-Datenbanken (z.B. Polis in der Schweiz) enthalten viele Angaben über unschuldige Bürger. So wurden die mit der Bahn anreisenden Fusballfans des FCB in Zürich aufgehalten und in der Polizei-Datenbank registriert.
In der EU werden zentrale Schengen-Datenbanken mit nationalen und lokalen Polizeidatenbanken verknüpft. Mit dem Schengen-Beitritt der Schweiz wären demnach auch die GC und FCB Fussball-Fans europaweit auf den Polizeicomputern abrufbar.
Die EU-Staaten eifern den Amerikanern nach und registrieren alles von Telefonanrufen, Internetbenutzung, Teilnahme an Demonstrationen, etc, wie wir im folgenden Rapport lesen können.

> "Neue Passgesetze ermöglichen dies- und jenseits des Atlantiks die Einführung biometrischer Merkmale in Visa und Pässen, um Personen anhand von Merkmalen wie Fingerabdrücken oder Gesicht zu identifizieren.
> "Das neue Schengen-Informationssystem (SIS II),

> das seit 2002 entwickelt wird, soll bereits biometrische Daten verarbeiten und neue Datenbanken enthalten. Diese werden Daten über "Unruhestifter" innerhalb von Schengen enthalten, die Reiseverbote für bestimmte Ereignisse erhielten, über Visa von Demonstranten aus Drittstaaten, über Reisesperren und bereits identifizierte Terroristen. SIS II wird Personen- und Objektdaten miteinander verknüpfen und so die europäische Rasterfahndung [ ] ermöglichen."
> Zitiert aus: Christiane Schulzki-Haddouti, Qantara.de. Bürgerrechte nach dem 11. September.
> www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-24/i.html

Der Bürger wird generalverdächtigt. Es findet eine Dauer-Überwachung und Personenkontrolle durch Schleier- und Rasterfahndung statt.

> "Die Schleierfahndung ist der Ersatz für den Wegfall der Grenzkontrollen aufgrund des Schengen-Abkommens 1995 innerhalb der EU.
> Deshalb kann die Polizei [ ] mittels der Schleierfahndung jederzeit Personen kontrollieren. Der Bürger wird generalverdächtigt."
> www.gavagai.de/skandal/HHD0806.htm

Der Europäische Haftbefehl besteht seit einiger Zeit und das Schengener Informationssystem (SIS) befindet sich im Ausbau.
Inormationen aus dem Bundeskriminalamt: Europäischer Haftbefehl bereits in Kraft, 14.4.2004:

> "Die Fahndung erfolgt wie bisher im Wege des Schengener Informationssystems (SIS). Ist der Aufenthaltsort der gesuchten Person bekannt, so ist auch ein bilaterales Festnahmeersuchen zulässig. Mit der für das Jahr 2007 geplanten Inbetriebnahme des technisch erweiterten Schengener Informationssystems (SIS II) wird das gesamte Fahndungs- und Auslieferungsverfahren auf der Grundlage eines einzigen Formulars abgewickelt werden.
> www.diebundespolizei.at/index.php?seite=148&ne

ws_entry=768

Was die Schweizer nach einem Schengen-Beitritt erwartet. Der Europäische Haftbefehl für die Schweiz ?

> “Es ist neun Uhr morgens. An der Tür der TOPIC-Redaktion klingelt es. Der Redaktionsleiter S. öffnet. Vor ihm stehen zwei Polizisten. Einer hält ein Papier in der Hand und sagt:”Herr S. Sie sind verhaftet. Hier ist der Europäische Haftbefehl dazu...”
> www.schengen-nein.ch/tab-leserbrief.html
> In der Zeitschrift TOPIC, Ausgabe Nov. 04Link: www.schengen-nein.ch/tab-leserbrief.html

Auch Sie können betroffen sein.

> “Das SIS ist aus der Sicht des Datenschutzes problematisch, weil hier personenbezogene Daten vieler Menschen international ausgetauscht und genutzt werden, während die oder der einzelne Betroffene kaum überblicken kann, wer etwas über sie oder ihn weiss. Es kommt hinzu, dass der Datenschutz keineswegs in allen Schengen-Mitgliedsstaaten gleich gut entwickelt ist.”
> www.lfd.nrw.de/infostand/info_3_6.html

Die Schweiz hat ihre staatlichen Schnüffel-Skandale (Fichen-Affäre) hinter sich gebracht. Nun sollte nicht mit dem Schengen-Beitritt die staatliche Schnüffelei weitergehen.

> “89 Prozent der im SIS gespeicherten Personen haben mit Kriminalität überhaupt nichts zu tun.“
> “...um uns den Schengen-Beitritt schmackhaft zu machen, präsentieren die Schweizer Behörden das SIS auch heute noch als Instrument der Fahndung nach Kriminellen – ein Verkaufstrick, der nicht nur den Blick auf die gegenwärtige Realität dieses Systems verstellt, sondern auch den Mantel des Schweigens über die Ausbauplanungen für das ”SIS der zweiten Generation“ sowie das neue Visumsinformationssystem wirft.”
> Bulletin: Juni 2004,
> www.sosf.ch/bulletins/2004/06.6.html

Mit der Erfassung neuer individueller Daten von Bürgern in Polizei-Computern wird der Polizeistaat im Namen der Sicherheit ausgebaut.

> ..neue Datenkategorien: Zur Debatte steht u.a. eine Kategorie"gewalttätige Randalierer."
> ..zusätzliche Informationen in den einzelnen Personendatensätzen: Konkret geht es hier um biometrische Daten: Fingerabdrücke, die digitalisierte Formel der Augeniris oder die Vermessung des Gesichts."
> www.sosf.ch/bulletins/2004/06.6.html

Verlust des Selbstbestimmungsrechts und andere Folgen

Der EU-Schengen/Dublin-Beitritt ist ein EU-Beitritt auf Raten. Das sehen die Autoren folgender Leserbriefe auch so. Zitat:

> "Sehr gravierend ist die Tatsache, dass die Schweiz den sogenannten "Schengen-Besitzstand", das ist der Schengener Rechtsstand, voll übernehmen müsste. Dieser Rechtsstand ist sehr umfangreich und seit dem Beschluss des Rates vom 20. Mai 1999 durch zahllose Übereinkommen und Beschlüsse des Exekutivausschusses ergänzt und abgeändert worden. Ich mache jede Wette, dass unsere Parlamentarier nicht einmal die heute gültige Version gelesen und studiert haben.
> Artikel 6: Zeit-Fragen Nr.12 vom 21.3.2005, Leserbriefe
> www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_127c/T06.HTM

Die Schweizer müssen vor dem Schengen-Beitritt gewarnt und informiert werden, dass die EU-Staaten keine demokratische Kontrolle der Schengen-Aktivitäten haben und dass die Schweiz dieser Gesetzgebung und dem Vollzug ohne Mitsprache ausgeliefert sein wird. Gesetze werden in der EU nicht wie in der Schweiz von nationalen Parlamenten und dem Volk genehmigt.

> "SIS-Kritiker wie die britische Bürgerrechtsorganisation Statewatch sehen aller-dings nicht im Missbrauch, sondern im Gebrauch der Daten das Hauptproblem. Sie bemängeln die fehlende demokratische Kontrolle der SchengenAktivitäten, die auf EU-Ebene noch weniger als auf nationalstaatlicher Ebene gegeben sei. ...
> Wenn Wirklichkeit würde, was an Vorschlägen unter den Sicherheitsbeamten kursiert, wäre die europaweite Rasterfahndung perfekt. Danach sollen in das SIS-System zusätzliche Identifikationdaten wie Fotografien, Fingerabdrücke und biometrische Daten wie DNA-Profile eingefügt

werden."
PRIMA - Privacy Magazine:"Neue Datenbanken / In Strassburg rüsten die Staaten des Schengener Abkommens ihren zentralen Polizeicomputer hoch.
www.datenschutz-berlin.de/prima/02/08/29.htm

Die Schweizer Zollbehörden verbreiten widersprüchliche Meldungen bezüglich Personalabbau, Zunahme der Warenströme und den Folgen des Schengen-Beitritts.

- Nach Schengen-Beitritt dürfen Personen nicht mehr ohne weiteres kontrolliert werden.

Wie kann dann noch der Schmuggel effizient bekämpft werden ?

- Das Anhalten von Personen an der Grenze darf nur auf Verdacht geschehen.

Verdacht auf Schmuggel und Verbrechen ? Da frustriert man die lieben EU-Bürger und Inhaber von Schengen-Visa, weil sie über die Besonderheiten der Schweizer Schengen-Mitgliedschaft nicht informiert sind.

- Der grenzüberschreitende Warenverkehr nehme massiv zu.

Das wird allgemein vorausgesagt und täglich beobachtet.

- Die Sparmassnahmen beim Bund zwängen die Zollverwaltung zehn Prozent des Personals abzubauen. Die Sicherheit werde aber gewährleistet.

Trotz Zunahme der Waren- und Menschenströme soll Personal abgebaut werden. Mit weniger Personal kann die grösser-werdende Arbeit des Zolls sicher nicht besser bewältigt werden.

- Der Grenzverkehr laufe nicht reibungslos. Es gebe tägliche Staus wegen den zunehmenden Frachtvolumen.

Und wie soll Schengen und bleibende Warenkontrolle weniger Stau trotz mehr Warenvolumen ermöglichen?

- In Zukunft werde sich die Lage an der Grenze noch zuspitzen. Nach Schengen-Beitritt dürften keine Stellen gestrichen werden. Bei Schengen-Beitritt würde sich nur wenig ändern.

So wurde es von der Zolldirektion berichtet und von der Bevölkerung als Widerspruch empfunden, vor allem wenn noch betont wird, der Beitritt zu Schengen sei ein "klares Plus für die Sicherheit." Die SIS-Datenbank wird wohl kaum

Informationen über geplante Verbrechen liefern. Also wird sich auch hier nichts ändern.

> Neue Luzerner Zeitung. 04.02.2005, Zoll-Personalabbau bereitet mehr Schwierigkeiten als Schengen.
> www.zisch.ch/navigation/top_main_nav/NEWS/National/detail.htm?client_request_contentOID=21832

Treffend beschreibt ein Leser den Schengen-Beitritt als "Unsicherheit beim Sicherheitsabkommen."

> "2003 hat das Schweizer Grenzwachtkorps 101 219 Personen an der Grenze zurückgewiesen, 34 063 Personen wurden der Polizei übergeben, und es wurden 8181 illegale Personen aufgegriffen, insgesamt also über 140 000 Personen. Gehen wir nun hin und öffnen unsere Grenzen, die eigentlich mitten im "Schengenerland" sind, werden die 140 000 Personen ohne Kontrolle in unser Land gelangen. Es zeigt, dass hier Schengen untauglich ist.
> Neuerdings wird gar behauptet, an der Grenze ändere sich bei einem Schengen-Beitritt nichts. Die Personenkontrollen würden einfach unter dem Titel "Warenkontrolle" durchgeführt. Aus meiner Sicht widersprechen sich die Befürworter ständig. Es herrscht grosse Unsicherheit bei einem Abkommen, das Sicherheit bringen sollte. Deshalb Nein zu Schengen, Ja zur Schweiz."
> Leserbrief. Unsicherheit beim Sicherheitsabkommen.
> www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=997127&ressort=interessen

Als einen "Schritt in Richtung Brüssel" beschreibt das St.Galler Tagblatt den Schengen-Beitritt der Schweiz. Die Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 wird zeigen, ob die Schweiz Freiheit und Selbstbestimmung aufgeben wird. Ein NEIN zum Anschluss wäre Logik der Geschichte.
Das St.Galler Tagblatt weist einerseits auf die Bedeutung dieser Abstimmung hin, aber andrerseits werden einige tiefergreifende Konsequenzen verharmlost.

> "Die Abstimmung vom 5. Juni markiert eine europapolitische Weichenstellung. Die Schwei-

> zerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie sich in einem Bereich nationaler Souveränität aktiv an der europäischen Zusammenarbeit beteiligen wollen."
>
> "Schengen bedeutet den Abbau der Kontrollen an den Schweizer Grenzen und den Ausbau der Kontrollen an den gemeinsamen Aussengrenzen."

Das stimmt nicht. Es wird schon jetzt relativ wenig kontrolliert. Ein weiterer Abbau liegt nicht drin. Es werden Kontrollen weiterhin nötig sein, wenn die Schweiz nicht gänzlich auf Zolleinnahmen verzichten will.
Durch den Beitritt der Schweiz wird sich allerdings an den bestehenden Kontrollen an den EU-Aussengrenzen nichts ändern (kein Extra-Ausbau, ausser in unseren Fluhäfen); auf bestehende und zukünftige EU-Schengen-Gesetzgebeung und Verfahren an der Aussengrenze hat die Schweiz keinen Einfluss.

> "Für die Schweizerinnen und Schweizer würde der Beitritt im Alltag nur wenige Änderungen bringen."

Das stimmt nicht. Wenn die Schweiz nicht auf Zolleinnahmen verzichten will, müssen die Kontrollen weiterhin durchgeführt werden. Aber wie, wenn das Schengen-Gesetz der EU Grenzkontrollen verbietet? Es wird deshalb auch Kontrollen im Hinterland geben. Schmuggel und Verbrechertourismus werden zunehmen.

> "Wenn der Schengen-Beitritt am 5. Juni abgelehnt wird, dann hat das formell keine weiteren Folgen. Die andern bilateralen Abkommen könnten dennoch in Kraft treten."
>
> St.Galler Tagblatt, 26.3.2005, Steffen Klatt/Brüssel, Ein Schritt in Richtung Brüssel.
> www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=1023993&ressort=inland#

Schengen-EU Befürworter organisieren "Informationsabende" in Gemeinden, an denen Referenten halbe Wahrheiten auftischen. Die Zeitung "Neues Bülacher Tagblatt" berichtet von einem Informationsabend der SKO (Schweizerische Kader-Organisation) zum "Schengen/ Dublin"-Abkommen in Glattfelden. Der Bericht lässt vermuten, dass vollständige Informationen und vor allem eine kritische Auseinandersetzung nicht geboten wurden.

> „Der Zoll an der Schweizer Grenze würde bei einer Annahme von Schengen/Dublin weiterhin

bestehen bleiben."

Das ist war, weil die Schweiz keine Zollunion mit der EU hat. Jedoch, das Schengen Abkommen sieht vor, dass keine Personenkontrollen an der Grenze mehr durchgeführt werden dürfen. Wie will der Zoll da noch Schmuggler kontrollieren, wenn Personen nicht angehalten werden dürfen? Es gibt dann eben die mobilen Kontrollen nach dem Grenzübertritt. Daraus werden dann willkürliche Polizeischikanen mit Verfolgung bis an die Haustüren.

> „Daneben sieht das Abkommen eine bessere Rechtshilfe, eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden, eine gemeinsame Visumspolitik und Massnahmen zur Bekämpfung des Waffenmissbrauchs vor."

Das ist verharmlost dargestellt und ist, so ausgedrückt, falsch. Das geht alles viel tiefer: Rechtshilfe heisst Verlinkung der Schweizer Polizeischnüffeldateien mit den EU SIS-Dateien. Es gibt keine gemeinsame Visumspolitik, sondern die Schweiz anerkennt mit dem Schengen-Anschluss alle von EU-Ländern ausgestellten Visa. Sie muss schlicht die EU-Gesetze übernehmen. Dass wir damit nicht mehr selber bestimmen, wer einreisen darf, sowie der mögliche Visa-Missbrauch, wurden nicht erwähnt. Das Waffengesetz der EU muss voll und ganz übernommen werden. Bei der Gesetzgebung hat die Schweiz keine Mitsprache, sondern muss jede Änderung akzeptieren.

> "Da die systematischen Personenkontrollen an den Innengrenzen im Schengen-Raum aufgehoben würden, sehe das Abkommen eine stärkere Kontrolle an der Aussengrenze vor."

Das stimmt so nicht. Der EU-Schengenraum und die Verlagerung der Kontrollen an die EU-Aussengrenze bestehen schon über ein Jahrzehnt. Mit dem Beitritt werden wir Schweizer den Kontrollen an den EU-Aussengrenzen und in den internationalen EU-Flughäfen vertrauen müssen. Wir überlassen damit diese Kontroll- und Sicherheitsmassnahmen andern Staaten (Verlust von Hoheitsrechten und Sicherheit).

> Neues Bülacher Tagblatt, 17.3.2005, Muss mit "dicker Post" aus Brüssel gerechnet werden?
> www.buelacher.ch/module/newspaper/npView/npArticle.asp?n1=1&n2=20&n3=&n4=&n5=&id=4519

Die aktuelle Warnung: Wenn Sie in den nächsten Monaten freundliche ältere Herren direkt oder indirekt via Medien auf die Vorteile des Schengen-Vertrags mit der Europäischen Union (EU) ansprechen sollten, dann werben diese netten Politiker nicht in eigenem Namen, sondern im Rahmen eines Konzepts.
Der linke Jounalist Roger de Weck, vormals Journalist des Tages Anzeigers, beschwört in propagandistischen Tönen, die EU sei eine Erfolgsgeschichte und die Schweiz müsse sich endlich anschliessen. Er will Globalisierung und Internationalismus (Zentrale Regierung, Einheitswährung, Abschaffung der Grenzen, etc.). In der Thurgauer Zeitung vom 12.3.2005 wird die EU-Euphorie des roten Propagandisten de Weck beschrieben. Zitat:

> "Auch Schengen werde uns Schweizern gut tun, werde unser Lebensgefühl ein bisschen verändern. Gleichzeitig äusserte der Redner die Befürchtung, dass auf ein Nein zu Schengen auch ein Nein zur Personenfreizügigkeit folgen werde."
> Zitat aus Thurgauer Zeitung, 12.3.2005. De Weck: "Schengen wird uns gut tun."
> www.thurgauerzeitung.ch/ops_includes/print_artikel.cfm?id=779783&vDest=Artikel

Tatsache ist, dass die Schweiz mit dem Schengen-Beitritt mehr verliert als gewinnt. Es gibt um die Preisgabe von Selbstbestimmung und Autonomie gegen den Zugang zu EU-Fichendaten. Wollen wir wirklich, dass wir EU-Recht übernehmen müssen und dass ausländische Polizei in der Schweiz wirken darf? Der Schengen-Beitritt ist eine Vorstufe zum Voll-Beitritt. Deshalb sollte NEIN gestimmt werden.

> "Anders als die Bilateralen I, die reine Wirtschaftsverträge sind, haben die Bilateralen II auch eine staatspolitische Dimension."
> "Wenn der Schengener Acquis (Rechtsbestand) sich weiterentwickelt, so kann die Schweiz zwar mitreden, aber nicht mitbestimmen."
> "Die Schweiz muss daher erstmals sich entwickelndes EU-Recht automatisch – unter Vorbehalt der Volksrechte sowie des Opting-out – übernehmen und somit in gewissem Sinn Souverä-

nität abgeben."
Zürichsee Zeitungen, 5. Februar 2005, Grosser Schritt Richtung Europa. Raphael Briner über das bilaterale Abkommen Schengen/Dublin mit der EU.
www.zsz.ch/interviews/interview_detail.cfm?vID=5

Dass der Beitritt zum EU-Schengen Abkommen "nichts" am Schweizerischen Waffengesetz ändern werde, ist eine Propagandalüge. Die Schweiz hat in dieser Gesetzgebung die EU-Gesetze zu übernehmen, falls der EU-Schengenbeitritt vom Volk genehmigt wird. Das wäre dann auch das Ende der Gewehre im Schrank. Auch unterwirft sich die Schweiz mit der Annahme der Schengen-Verträge vorbehaltslos und ohne Mitbestimmung allen zukünftigen Änderungen der entsprechenden EU-Gesetze. Nur Idioten können einen solchen Blanko-Scheck unterschreiben.

"Weil ein Beitritt zu Schengen viele geplante Neuerungen automatisch bringen würde, will der Bundesrat abwarten.
So müssten bei einem Ja des Souveräns zu Schengen am 5. Juni inskünftig Feuerwaffen individuell markiert werden, bevor sie in Verkehr gebracht werden.
Weiter verbietet die Schengener Waffenrichtlinie den Besitz bestimmter Waffen. Neben Granatwerfern gehören dazu insbesondere auch Serienfeuerwaffen [Sturmgewehr der Armee]."
Schaffhauser Nachrichten, 2.3.2005. Wegen Schengen: Revision des Waffengesetzes aufgeschoben.
www.shn.ch/pages/artikel.cfm?id=130554

Schengen NEIN.

"Schengen bringt eine gleichgeschaltete Politik in immer mehr Bereichen: Abschaffung der Grenzkontrollen, umfassende Amts- und Rechtshilfe im Polizei- und Justizbereich mit Einschränkung der Kantonshoheit, Fremdes Recht und fremde Richter, eine gleichgeschaltete Asyl- und Visapolitik, die Aushöhlung des Bankgeheimnisses, den Verlust unseres freiheitlichen Waffenrechts."
Schengen NEIN,

www.schengen-nein.ch/startd.html

Es kann Probleme geben, falls das Volk in einem Kanton dieser Änderung nicht zustimmen wird, weil Kantone bei der Annahme gefordert werden, die kantonalen Gesetze zu ändern/anzupassen und dazu wegen der bestehenden kantonalen Polizeihoheit die Zustimmung des Volkes in kantonalen Abstimmungen benötigen. Es ist wahrscheinlich, dass mindestens ein Kanton den Schengen-Beitritt ablehnt.

Radio DRS1, 2.3.2005:
"Kantone müssen sich auf Schengen einstellen.
Am 5. Juni stimmt das Schweizervolk über den Beitritt zum Schengen-Abkommen ab, das unter anderem den Grenzübertritt in Europa neu regelt. Was bisher nicht bekannt war: Auch die Kantone müssen bei einer Annahme von Schengen ihre Gesetze angleichen. Überraschenderweise ist das Problem bei den Kantonen nicht gelöst."
Unklarheiten bei Schengen/Dublin, Rendez-vous vom 02.03.2005 auf Radio DRS1.
www.cisba.ch/Presse/schengen.mp3

Offene Türen für Missbräuche

Wenn die Schweiz dem Schengen-Abkommen beitritt, verliert die Schweiz das Recht und die Kontrolle zu bestimmen, wer in unser Land einreisen darf, respektive andere Schengen-Länder können Schengen-Visa ausstellen, die wir dann akzeptieren müssen. Dass dies Missbrauch möglich macht, zeigt das jüngste Beispiel Deutschlands.

> "Hunderttausende Schwarzarbeiter seien nach ganz Europa eingereist, weil deutsche Botschaften in Osteuropa zu leichtfertig Schengen-Visa ausgestellt hätten."
> "Das Auswärtige Amt von Joschka Fischer soll nach Angaben von CDU/CSU mit ihrer Visapraxis der Schleuserkriminalität und Zwangsprostitution Vorschub geleistet haben."
> "Nach einem Bericht der "Welt am Sonntag" haben spanische und portugiesische Diplomaten in der Ukraine bereits zur Jahreswende 2002/2003 ihre deutschen Kollegen darüber informiert, dass Schwarzarbeiter in ihren Ländern mit deutschen Visa aufgegriffen wurden."
> 20.02.05. Brüssel macht Druck.
> focus.msn.de/hps/fol/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=11740

Die EU-Schengen-Visa Affäre zeigt: Es gibt kein Verlass auf EU-Aussengrenzen. Darauf kann die Schweiz nicht vertrauen.

> "Wir sehen, dass wir uns auf die Sicherung der EU-Aussengrenzen nicht verlassen können.
> Dass in einem Land, das in Sachen Präzision mit der Schweiz vergleichbar ist, so etwas passieren kann, erstaunt uns schon...
> Warnung der Eidgenossen vor einem Beitritt, der zu einem gravierenden Sicherheitsverlust führen könne. Die Affäre zeige, wohin ein "grenzenloses Europa" führen kann."
> www.handelsblatt.de/pshb/fn/relhbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,200050,862911/SH/0/depot/0/

Dank der liberalen Visa-Vergabe florierte der Menschenhandel.
Seit Jahren wurde diese Praxis der Schengen-Visa Vergabe betrieben und seit Jahren weiss man bei Behörden über Missbrauch Bescheid, aber nichts wurde unternommen.

> "Seit 2001 nennt das Bundeskriminalamt (BKA) die Ukraine als das Land, aus dem Schleuser die meisten illegalen Zuwanderer nach Westeuropa bringen. Doch es hat bis Oktober 2004 gedauert, bevor das Auswärtige Amt die im März 2000 eingeführte liberale Praxis bei der Visa-Vergabe wieder gestoppt hat."
> Financial Times Deutschland. Marina Zapf und Joachim Zepelin.
> www.ftd.de/pw/de/1108191845387.html

Im Schengen-Visa Skandal werden in der EU und Deutschland Tatsachen verschwiegen und Aufklärungen verschleiert. Politiker belügen sich gegenseitig und das Volk wird die Hintergründe des Skandals nie erfahren. Die missbräuchliche Visa-Politik des Deutschen Auswärtigen Amtes hat innerhalb eines Jahres weltweit zu einer Explosion der Anzahl erteilter deutscher Schengen-Visa geführt. Politiker werden von einem Untersuchungsausschuss vernommen.

> "Die Union wirft der Regierung und vor allem Fischer vor, mit einer Lockerung der Visa-Politik seit 1999 vor allem an der Botschaft in Kiew ein Einfallstor für Schleuser, Schwarzarbeit und Zwangsprostitution geschaffen zu haben. Unter anderem waren die Auslandsvertretungen am 3. März 2000 im so genannten Volmer-Erlass angewiesen worden, bei der Visa-Prüfung im Zweifel zu Gunsten der Reisefreiheit zu entscheiden. Fischer hat inzwischen auch eigene Fehler eingeräumt. Mit der Visa-Affäre beschäftigt sich auf Initiative der Union ein Untersuchungsausschuss des Bundestages.
> Die Grünen-Politikerin habe im März 2004 verneint, dass das Kanzleramt in den Konflikt zwischen Aussenminister Joschka Fischer und Innenminister Otto Schily über den Volmer-Erlass

> eingegriffen habe, sagten am Mittwoch die CSU-Abgeordneten Stephan Mayer und Matthias Sehling. Müller habe damit eindeutig das Parlament belogen."
> 23.3.2005, Union wirft Müller in der Visa-Affäre Lüge vor.
> www.ftd.de/pw/de/1111217803925.html?nv=tn-rs
> www.welt.de/data/2005/03/29/618750.html
> de.news.yahoo.com/050328/3/4h080.html
> www.sueddeutsche.de/,tt4l2/deutschland/artikel/975/49926/
> www.lz-online.de/lz/weltnews/politik/nachrichten_aktuell/?cnt=425961

Untersuchungen zeigen, dass die deutsche Regierung den Schengen-Visa Missbrauch verschuldet und Jahre lang geduldet hat. Millionen Visas wurden missbräuchlich erteilt.

> "...die organisierten Schleusungen seien "mit Hilfe und mit Kenntnis der Ministerien" erfolgt. Der Kölner Richter Ulrich Höppner erklärte, er habe sich durch das Auswärtige Amt in seiner Arbeit behindert gefühlt.
> Im Ausschuss sagte Höppner, die Ausstellung von Touristen-Visa ohne Bonitätsprüfung der Einlader sei rechtswidrig gewesen: "Man hätte ein Visum nicht erteilen dürfen."
> 18.3.2005, Visa-Affäre: Schleusungen "mit Hilfe und Kenntnis der Ministerien."
> Süddeutsche Zeitung.
> www.sueddeutsche.de/,polm3/deutschland/artikel/656/49607/

Der EU Schengen-Visa Skandal sollte den Schweizer Stimmbürgern zu denken geben. Das ganze Schengen System ist anfällig auf Missbrauch und ist einerseits abhängig von der Gesetzesauslegung und Willkür der EU-Länder und andrerseits auf den Automatismus der SIS-Schnüffeldatenbanken. Wenn die Schweiz nicht mehr selbst bestimmen kann, wer einreisen darf, ist das Abgabe von souveränen Rechten, ja ein Verzicht auf Hoheitsrechte. Die Übernahme von EU-Recht ohne Mitbestimmungsrecht ist eine Unterwerfung und faktisch ein EU-Beitritt.

> "Der deutsche Visa-Skandal habe die Schwächen von Schengen ans Licht gebracht, ist die SVP überzeugt. Der Bundesrat sieht dagegen keinen Grund zu handeln.
> Die Volksabstimmung über die Assoziierung mit Schengen/Dublin findet bereits im Juni statt. Um sie nicht aufs Spiel zu setzen - so die Vermutung des Toggenburger SVP-Nationalrats - wird der deutsche Visa-Skandal in der Schweiz heruntergespielt."
> 15.3.2005, Kein Rütteln an Schengen.
> www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=1019760&ressort=inland
> www.tagblatt.ch/druckformat/artikeldrucken.jsp?artikel_id=1019760&ressort=inland

Die Visa-Affäre der EU wird von der EU und auch von den beteiligten Ländern (Deutschland, u.a.) heruntergespielt. So meinte der Deutsche Innenminister Schily, dass Deutschland keine Verstösse begangen habe. Nun will auch die NZZ die Affäre in einem widersprüchlichen Artikel beschönigen, indem dargestellt wird, dass trotz der Affäre mit der bestehenden Visa-Vergabepraxis alles in Ordnung sei.
Dabei ist unbestritten, dass mit dem Schengen-Beitritt, die Schweiz alle Visa, die von den EU-Schengenstaaten ausgestellt werden, anerkennen muss. Damit delegiert die Schweiz die Kontrolle der Einreise an die EU. Das ist Preisgabe der Selbstbestimmung und der Hoheitsrechte.

> "Es zeigt sich, dass die einzelnen Schengen-Staaten Regelverstössen, wie sie Deutschlands Einreisebehörde in der Ukraine zu verantworten hat, nicht schutzlos ausgeliefert sind.
> Die von der deutschen Vertretung in der Ukraine erteilten Visa gelten im gesamten Schengen-Raum.
> Zwar ist im Schengen-Regelwerk tatsächlich wenig präzis umschrieben, wie Visumsgesuche zu prüfen sind.
> Dass Deutschland mit seiner Praxis in der Ukraine weit und systematisch über den Ermessensspielraum hinausgegangen ist, ja fahrlässig gehandelt hat, lässt sich daran erkennen, dass die

> EU-Kommission Ermittlungen eingeleitet hat."
> Neue Zürcher Zeitung, 12. März 2005, Wie sicher ist das Schengen-Visum?
> www.nzz.ch/2005/03/12/il/articleCNQE6.print.html

Verstösse von EU-Ländern in der Vergabe von Schengen-Visa waren seit bald 5 Jahren an der Tagesordnung. Die Schengen-Abkommen lassen offenbar verschiedene Umsetzungen des Gesetzes zu. So habe Deutschland für Ukrainer und auch für Chinesen Visa-Erleichterungen erlassen. Das Schengen-Abkommen und die Visa-Vergabepraxis geben zu denken, wenn es die Länder ermächtigt, Millionen von Schwarzarbeiter einreisen zu lassen. Es ist vor allem bedenklich, dass diese Vergaben nach Aussagen von Schily und anderen 'sogenannten Verantwortlichen" gesetzlich waren und dass Missbrauch bestritten wird.

> Der "Kölner Stadtanzeiger" berichtete, auch in andern Ländern habe es in grösserem Umfang Visa-Missbrauch gegeben. "Probleme hat es auch in anderen Staaten gegeben, etwa in Italien, Spanien und Hollands, wurde Matzka zitiert. "Es gibt in der Visa-Politik immer Probleme, schon aufgrund der grossen Zahlen."
> "Innerhalb weniger Wochen habe Deutschland in China "mehr als 15'000 Visa in diesem Verfahren erteilt", heisst es laut "Welt" in Chrobogs Brief weiter."
> "Die Umsetzung der Schengen-Regeln ist Sache der Mitgliedstaaten", sagte Roscam. Allerdings müssten deren Vorschriften natürlich dem EU-Gesetz entsprechen. Die Prüfung sei allerdings zeitaufwändig, fügte Frattinis Sprecher hinzu. Die einschlägigen EU-Gesetze seien 300 Seiten stark und zuletzt im Oktober 2004 geändert worden."
> Quelle: tagesschau.de
> www.swr.de/nachrichten/ts/oid4079526_mod1.html

In der Schengen-Affäre um den massenhaften Missbrauch deutscher Einreise-Visa meint der deutsche Innenminister, Deutschland habe "die dazu gehörenden Konsularregeln der Europäischen Union (EU)" eingehalten. Wie kommt es dann, dass hunderttausende Schwarzarbeiter und

Prostituierte aus dem Osten von deutschen Konsulaten Schengen-Visa ausgestellt bekamen? Da wird geschummelt und heruntergespielt.

> "In der Affäre um massenhaften Missbrauch deutscher Einreise-Visa befasst sich der Bundestags-Untersuchungsausschuss am Donnerstag mit einem Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) zur Schleuserkriminalität."
> www.tradesignal.com/default.asp?p=news/story.asp&code=ALL&story=1109240927nL24641973&section=default&language=LDE

Spanien hat die Legalisierung von bis zu einer Million "illegalen" Einwanderern angekündigt. Diese Schengen-Visa wurden missbräuchlich ausgestellt. Nun wird an den Schengen-Gesetzen herumgedoktert und zusätzliche SIS-Dateien werden geplant.

> "Nach Darstellung der innenpolitischen Sprecherin der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Ewa Klamt, haben 97 Prozent der Illegalen, die im Schengenraum aufgegriffen würden, ein deutsches Schengen-Visum.
> Der spanische Innenminister José Antonio Alonso warnte in Brüssel insbesondere vor der illegalen Einwanderung aus Osteuropa. Sie werde "von der Mafia kontrolliert" und bedrohe die Sicherheit in der EU mehr als die Einwanderung aus dem Süden.
> Die Warndatei zum Visa-Missbrauch will der Bundesinnenminister in das geplante Visa-Informationssystem (VIS) der 25 EU-Staaten integrieren. Dieses System solle auch von der Polizei genutzt werden können. Dem stehen aber noch rechtliche Probleme entgegen."
> 25.2.2005. News Yahoo: Schily will Warndatei gegen Visa-Missbrauch auf EU-Ebene.
> de.news.yahoo.com/050224/3/4flgj.html

Stimmen der Gegnerschaft

Es gibt viele Stimmen gegen den Schengen-Beitritt.

> "Offene Grenzen und dafür im Land mobil die Verbrecher jagen? Das kommt mir so vor wie wenn ein Hühnerhalter Löcher in den Zaun macht und dann im Innenhof dem eingebrochenen Fuchs nachrennt. Zugang zur europäischen Verbrecherdatenbank? Ja das ist gut und den Zugang bekommen wir von der EU gerne, da das auch im Interesse der EU ist. Für diesen Zugang müssen wir der EU überhaupt keine Zugeständnisse machen! Die geschnürten Pakete (alles oder nichts) dienen doch nur dazu, die Schweiz immer mehr von der EU abhängig zu machen, um dann einmal sagen zu können, dass ein Beitritt nur noch Formsache sei. Dann können wir in der EU "mitreden". Als kleines Land hätten wir nichts zu sagen, aber die anderen würden bestimmen, was in der Schweiz zu geschehen hat."
> Aus der Home page:
> mypage.bluewin.ch/H.Krummenacher/

Nein zum Schengen-Beitritt.

> "Wenn Schengen vom Stimmvolk abgelehnt werde, sei das ohne Auswirkung auf die andern Bestandteile, wie zum Beispiel die Zinsbesteuerung. Für die EU selber sei das Schengen-Abkommen nicht entscheidend, zumal es von der offiziellen Schweiz gewünscht worden sei."
> "Wenn dereinst die Türkei zur Union stossen sollte, würden der Irak und der Iran zu Nachbarn."
> "Die von den EU-Ländern gemeinsam betriebene SIS-Datenbank sei kein Ersatz."
> Zitiert aus: Neues Bülacher Tagblatt. 31. Januar 2005
> www.buelacher.ch/module/newspaper/npView/npArticle.asp?n1=1&n2=15&n3=3&n4=&n5=&id=4287

Es gibt in den Medien sehr viel Desinformation zu Schengen und Angstmacherei der Tourismusbranche.

> "Dass der Tourismus auf Schengen angewiesen sei, ist eine glatte Propagandalüge der fiesesten Sorte (Angstmacherei). Mit Schengen wird die Schweiz keine eigenständige Visumspolitik mehr betreiben können und gibt somit einen Teil ihrer Sicherheit preis.
>
> Die Schweiz wird mit Schengen für 17 Länder die Visumspflicht wieder einführen müssen, welche heute keine Visumspflicht haben. Damit werden 17 Länder, die für den Schweizer Tourismus wichtig sind, brüskiert.
>
> Ab Mitte 2005 können Reisegruppen aus Russland, China und Indien für 35 Euro ein Schengen-Mehrfach-Visum beantragen. Damit können sie auf ihrer Europa-Rundreise beispielsweise in Schengen-Italien einreisen und via Schweiz wieder in ein Schengen-Land weiterreisen. Sie brauchen also kein zweites Schengen-Visum für die erneute Schengen-Einreise. Bereits heute anerkennt die Schweiz für bestimmte Länder das Schengen-Visum (unter anderem Thailand, Taiwan, Arabische Emirate)."
>
> Aus Leserbrief von Walter Brunner, 14. Februar 2005.
>
> www.oberhasler.ch/artikel/?cq_*30300608=ivxPU=87988ygw

Der Schengen-Beitritt bedeutet Verlust der staatlichen Souveränität.

> "Die innere Sicherheit wird [ ] internationalisiert. Die Personenkontrollen werden abgeschafft, dafür dürfen ausländische Polizeikräfte ohne Einwilligung der Schweiz polizeiliche Aufgaben in unserem Land vollziehen. Es wäre also denkbar, dass die deutsche oder portugiesische Polizei Kriminelle in der Schweiz verfolgen und verhaften kann.
>
> Was vor einigen Jahren noch undenkbar schien, ist heute politisches Programm: Die Unabhängigkeit der Schweiz wird sukzessive aufgegeben und die direkte Demokratie Schritt für Schritt abgeschafft.

Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens lässt sich diese Tendenz mit grosser Deutlichkeit erkennen.
Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen."
Aus: Artikel 6: Zeit-Fragen Nr.6 vom 7.2.2005
www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_126a/T06.HTM

Mit Schengen-Beitritt wird der EU-Anschluss vorbereitet.
www.tagblatt.ch:

"Glauben Sie nicht alles, was von Bern kommt. Bei Schengen geht es nicht um Sicherheit, sondern um die Vorbereitung des EU-Beitritts."
Der Beitritt der Schweiz zu Schengen bleibt umstritten. Am Freitag kreuzten an einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Wildhaus die Nationalräte Hans Fehr (SVP) und Walter Müller (FDP) die Klingen."
www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=1008929&ressort=regionen

Grenzenlos kriminell.

Das neue Buch von Udo Ulfkotte:
"Die organisierte Kriminalität nutzt die Freizügigkeit in der Europäischen Union für ihre Geschäfte, nicht anders als seriöse Geschäftsleute auch.
„Die Risiken der Osterweiterung. Was Politiker verschweigen."
www.netzeitung.de/buecher/geschichteundpolitik/277203.html

Mit der Annahme des Schengen-Vertrags verlieren wir unser Recht zur Selbstbestimmung.

"Unsere Neutralität setzen wir nicht aufs Spiel, EU-Recht übernehmen, kommt schon gar nicht in Frage. Kein einziges EU-Land verlöre so viel Eigensubstanz, wie wir verlieren müssten bei einer EU-Zugehörigkeit."
"Ja zu "Schengen/Dublin" heisst Schaden für die Schweiz. Freie Ein- und Ausreise heisst, jedermann kann ohne Kontrolle zurzeit aus 25 Staaten aus- und einreisen. Verbrecher und Kriminelle benützen diese Gelegenheit und dieses Territorium,

wie sie es benötigen und wollen. Die Personenfreizügigkeit bringt uns mehr Arbeitslose und eine noch stärkere, untragbare Belastung unserer Sozialwerke."
Verfasst von Hans Müller, alt Gemeindeschreiber und Journalist.
www.ch-libre.ch/Schengen_Selbstbestimmung.pdf

Viele Bürger befürworten die Verträge Bilaterale II, aber ohne Schengen/Dublin und ohne Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die Oststaaten.

"Tatsache ist aber, dass wir - anders als bei den Bilateralen I, die es nur als ganzes Paket gab - die Verträge Bilaterale II auf jeden Fall haben, auch wenn das Volk Schengen/Dublin und die Personenfreizügigkeit ablehnt.
Ich stehe auch weiterhin zu einer selbstbewussten und eigenständigen Schweiz, die auch in Zukunft auf die Werte setzt, die sie bis anhin so stark gemacht haben. Daher bin ich zwar für die Verträge Bilaterale II, aber ohne Schengen/Dublin und ohne Personenfreizügigkeit. Denn wie schon Bundesrätin Calmy-Rey öffentlich gesagt hat, soll Schengen/Dublin letztendlich ja nur dazu dienen, schneller der EU beitreten zu können."
Leserbrief. St.Galler Tagblatt, 19.1.2005
www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=999211&ressort=interessen

Das Vorgehen der Politiker wurde als "Schnellschüsse" bezeichnet.

"Das bisherige und das geplante Vorgehen betreffend Schengen/Dublin ist absolut ungenügend. Hier versuchen einzelne Kreise mit "Schnellschüssen" die wichtigsten Punkte zu verwässern und zu vertuschen.
Es geht für unser Land, für unser Volk bei Schengen-Dublin um viel mehr als nur um das Öffnen der Grenzen und um den Anschluss an ein EU-Informations-System."
www.cisba.ch/Publikationen/Bilaterale%20Vertraege%20SchweizEU.pdf
Cisba: www.cisba.ch/Cisba/index2.html

Der Schengen-Beitritt wird als ein Schritt in die EU gesehen.

> "Im Juni 1999 erklärte der Bundesrat: "Verhandlungen über Bereiche, die Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen beinhalten, kommen nicht in Frage ..." Mit seiner Unterschrift unter die Bilateralen II am 19. Mai 2004 hat er sie selber zur Makulatur gestempelt. In Tat und Wahrheit will der Bundesrat via Schengen in die EU; Demokratie und eigenständiges Land Schweiz ade. Bundesrätin Calmy-Rey hat diese Hintertürentaktik an ihrer Medienkonferenz vom 24. April 2003 bestätigt mit der Aussage, die bilateralen Abkommen müssten "das Terrain bereiten" für den EU-Beitritt.
>
> Aus Leserbrief: "Via Schengen in die EU?" Willy Schmidhauser.
>
> www.tagblatt.ch/index.jsp?artikel_id=995934&ressort=interessen

Werden wir von den Politikern manipuliert und falsch informiert?

> "Kantonale Justizdirektoren haben begonnen, über Schengen/Dublin zu "informieren." Bei näherem Hinsehen handelt es sich teilweise um die bekannte behördliche Propaganda zu Abstimmungsvorlagen. Neu ist, dass die Propagandafeldzüge der Behörden nun bereits beginnen, bevor die Vorlage das Parlament passiert hat. Dieses Vorgehen scheint mir verfassungswidrig zu sein.
>
> "Neu will man "mobile Grenzkontrollen im Landesinnern." Plötzlich könnten also Beamte des Grenzwachtkorps vor der Haustüre stehen: "Bitte aufmachen, hier ist der Grenzschutz!" Der Polizeistaat im Innern würde verstärkt, was nicht im Interesse der Bürger sein kann. Behalten wir also ein wachsames Auge über die behördliche Propaganda der nächsten Wochen und Monaten zu Schengen/Dublin!
>
> Schengen/Dublin: Halt der Desinformation!, 15.10.2004. Persönliche Stellungnahme.
>
> www.kvp.ch/politikbereiche/aussenpolitik/Leserbrie

f_LB_Schengen.htm

Die EU baut eine Abwehr gegen aussen und einen Polizeistaat gegen innen auf.

> "Ziele von Schengen sind die Verteidigung der "Festung Europa" gegen die Zuwanderung von aussen und die immer perfektere Überwachung und Kontrolle der EU-Bürger innerhalb der Grenzmauern der Festung.
> Die Erfahrungen seit der Realisierung des "Schengener Durchführungsabkommens" von 1999 sind ernüchternd. Die Grenzkontrollen wurden nur zum Teil abgeschafft, Frankreich etwa hält sie gegenüber den Benelux-Staaten weiter aufrecht aus Angst vor der liberalen holländischen Drogenpolitik. Doch rechtsstaatlich viel problematischer sind die "Schleierfahndungen", - präventive verdachtsunabhängige Personenkontrollen und Inhaftierungen - mit denen verschiedene Länder, an vorderster Stelle Deutschland, die früheren Grenzkontrollen in technisch perfektionierter Form wiedereingeführt haben."
> edit.gruenepost.ch/zone/.2ccd4915/cmd.14/cert.209.yeihaJApido.25

Es ist so: Der Schengen-Beitritt ist die Vorstufe zum EU-Beitritt!

> "Im Unterschied zum EWR (1992) betrifft Schengen unsere ganze nationale Sicherheitspolitik, die künftig durch die EU bestimmt würde. Schengen geht zum Teil sogar weiter als ein EU-Beitritt. So sind beispielsweise Grossbritannien und Irland Mitglied der EU, nicht aber von Schengen, weil sie ihre Sicherheit nicht an EU-Brüssel delegieren wollen.
> Der Bundesrat behauptet, der Schengen-Beitritt sei aus Sicherheitsgründen nötig. In Tat und Wahrheit will er über Schengen, das heisst über ein "Europa ohne Grenzen", in die EU."
> www.innerschweizer-anzeiger.ch/archivrubanz.php?i=3&dateiname=archiv/2004/0617/rubr3r.txt

Der Schengen-Beitritt bringt ausländische Polizei und Schikanen ins eigenene Land. Die EU baut sich auf als Festung gegen aussen und Polizeistaat im Innern.

> “Der Fahndungs- und Flüchtlingsabwehrraum Europa wächst zusammen und perfektioniert sich. Die [ ] tief verankerte Staatssicherheitsphilosophie, derzufolge jede Person grundsätzlich verdächtig ist, wird zum europäischen Standard.
> Verlust von nationaler Autonomie:
> Das Schengener Abkommen ist ein [EU] Abkommen, das die Zusammenarbeit im Polizeibereich regelt und den Mitgliedsstaaten dabei Einschränkungen eigener nationaler Souveränitätsrechte abverlangt. So ist es den Polizeibeamten der Schengen-Staaten gestattet, die Binnengrenzen des Schengen-Raums zu überschreiten, während sie verdächtige Personen verfolgen.“
> “Koordinierte Abschottung”. Katina Schubert.
> www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_98/03/05a.htm